

Chile unter der Präsidentschaft von Ricardo Lagos: eine Bilanz nach seinem ersten Regierungsjahr

Radseck, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Radseck, M. (2001). *Chile unter der Präsidentschaft von Ricardo Lagos: eine Bilanz nach seinem ersten Regierungsjahr*. (Brennpunkt Lateinamerika, 8). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443719>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 8

23. April 2001

ISSN 1437-6148

Chile unter der Präsidentschaft von Ricardo Lagos: Eine Bilanz nach seinem ersten Regierungsjahr

Michael Radseck

Chiles sozialistischer Staatspräsident Ricardo Lagos, seit dem 11. März vergangenen Jahres im Amt, kann mit seinem ersten Regierungsjahr summa summarum zufrieden sein: Die Wirtschaft ist wieder kräftig gewachsen, das regierende Mitte-Links-Bündnis wurde bei den Kommunalwahlen im letzten Oktober mit 52,1% der Stimmen bestätigt, und auch bei einigen Menschenrechtsprozessen sowie beim Thema der sog. "Verschwundenen" hat man – jedenfalls nach offizieller Lesart – Fortschritte erzielt. Ebenso auf der Haben-Seite: die neuerlich aufgenommenen Verhandlungen mit den USA um ein bilaterales Freihandelsabkommen. Deren erfolgreicher Abschluss ist allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt mehr als ungewiss. Und auch sonst ist nicht alles Gold was glänzt. So treten die vergleichsweise hohen Arbeitslosenzahlen ebenso auf der Stelle wie die seit langem geplanten Reformen zur Arbeits- und Steuergesetzgebung. Dazu kommt der militanter werdende Konflikt mit den Mapuche, den Ureinwohnern im Süden des Landes. Klar auch, dass die zum Jahresende anstehenden Parlamentswahlen für zusätzliche Unruhe unter den Regierungsparteien sorgen werden, zumal mit einer erstarkten Opposition im Nacken. Unklar hingegen ist, welcher Wahrheitsgehalt dem jüngsten Eingeständnis der Armee zuzumessen ist, wonach diese die meisten ihrer "vermissten" Opfer angeblich über dem Meer abgeworfen haben will. Zu alledem hängt mit der Anklageerhebung gegen Ex-Diktator Pinochet ein weiteres Damoklesschwert über den zivil-militärischen Beziehungen.

Insgeheim mochte auch Ricardo Lagos dieser Tage eine gewisse Genugtuung verspürt haben, als der Berufungsgerichtshof von Santiago – nach monatelangem juristischen Tauziehen (vgl. die folgende Chronologie) – Anfang März entschied, der Anklage gegen Augusto Pinochet, wenn auch abgeschwächt, grundsätzlich stattzugeben. Schließlich war der Sozialist all die Jahre zuvor noch stets als erklärter politischer Gegner des Ex-Generals öffentlich in Erscheinung getreten. Ganz Staatsmann und als "Präsident aller Chilenen" – insbesondere also auch derer mit Uniform – rekurriert Lagos aber seit seinem Amtsantritt, wann immer befragt zum Fortgang im "Fall Pinochet", nur mehr auf die

politisch unverfängliche Formel, wonach im Lande die "Institutionen funktionieren". Eigentlich will er damit sagen: In Chile wird mittlerweile Recht gesprochen, auch und gerade bei der juristischen Aufarbeitung der unter der Militärdiktatur (1973-1990) begangenen Verbrechen und unabhängig vom Rang und Namen des Angeklagten. Und: Die Justiz soll auch weiterhin – unbeschadet des militärischen Drucks und politischer Pressionen – ihre Unabhängigkeit demonstrieren dürfen. Andererseits – und das ist das Hintertürchen einer solchen Sprachregelung – heißt das aber auch: Sollte das Verfahren von den Richtern doch noch eingestellt werden – man denke an einen sich verschlechtern-

den Geisteszustand des 85-Jährigen – oder es aber zu keiner bzw. einer allzu milden Verurteilung des Ex-Diktators kommen (oder aber das Urteil nicht vollstreckt werden etc.), haben die Institutionen mit Lagos eben auch zu "funktionieren", sprich: Regierung, Parlament und mithin die Streitparteien haben die Entscheidungen der "dritten Gewalt" zu akzeptieren, ganz so wie in jedem anderen Rechtsstaat auch.

Die Anklage gegen den Ex-Diktator: Ein Kunstgriff und Glücksfall zugleich

Dass Augusto Pinochet sich demnächst in einem Strafverfahren vor einem chilenischen Gericht wird verantworten müssen, ist nicht nur für Außenstehende eine Überraschung. Einer Umfrage der *Fundación Futuro* zufolge, hatten 66% der Chilenen einen solchen Prozess noch vor einem Jahr (März 2000) für völlig unwahrscheinlich gehalten. Noch überraschender nimmt sich auf viele die Anklageschrift gegen den früheren Machthaber aus. Sie lautet auf mutmaßliche Verschleierung bei Totschlag in 57 Fällen sowie bei "Entführung" in 18 weiteren Fällen – Verbrechen, die vor mehr als 27 Jahren begangen wurden und eigentlich durch die Selbstmordtätigkeit der Militärs abgedeckt sind.

Hintergrund dieser umso merkwürdiger anmutenden Anklage ist zweierlei: Zum einen werden die Fälle der sog. "Verschwundenen"¹ seit 1998 auch höchststrichterlich neu ausgelegt. Indem das "Verschwundensein" als zeitlich noch andauernde "Entführung" interpretiert wird, haben die obersten Richter *de facto* das von der Militärregierung 1978 erlassene Amnestiedekret ausgehebelt. Dabei ist dieser juristische Kunstgriff nicht neu; einige wenige Richter hatten ihn bereits zu Zeiten der Diktatur anzuwenden versucht, waren damit aber auf Unverständnis bei der Mehrzahl ihrer willfährigen Kollegen gestoßen und wurden hierfür sogar disziplinarisch abgestraft. Neu ist vielmehr, daß eine solche Rechtsauslegung der "Verschwundenen"-Fälle mittlerweile zur Mehrheitsmeinung unter den Mitgliedern des Obersten Gerichtshofes avanciert ist. Es ist dies Ausdruck wie Folge eines Läuterungsprozesses, dessen Vorboten sich seit Mitte der 90er Jahre in der behutsamen Abkehr von der traditionell reaktionären Sprachpraxis und in ersten

Kampfabstimmungen unter der Richterschaft ankündigten. Zum wirklichen Durchbruch in der höchststrichterlichen Rechtsprechung verhalf allerdings erst die 1998 in Kraft getretene Justizreform: Die personelle Aufstockung des höchsten Richterremiums, v.a. aber die Festsetzung einer Dienstaltersgrenze (75 Jahre) haben dazu geführt, dass die Anzahl derjenigen Mitglieder, die noch unter dem Militärregime ernannt worden waren, von 1997 noch elf (im damals 17-köpfigen Plenum) auf mittlerweile drei Richter (im heute 21-köpfigen Plenum) geschrumpft ist. Die Konsequenz war und ist eine Lawine neu aufgerollter Verfahren, die seither v.a. ehemalige Mitarbeiter der berüchtigten Geheimdienste DINA (*Dirección de Inteligencia Nacional*) und CNI (*Central Nacional de Informaciones*) erfasst hat.

Dass diese Woge neu angestrenzter Prozesse nun auch und gerade Augusto Pinochet erfassen konnte, hängt zum zweiten mit der außergewöhnlich guten Beweislage zusammen, auf der gerade der Fall der sog. "Todeskarawane" basiert: Im Oktober 1973, keine vier Wochen nach dem Militärputsch, waren aus Gefangenenlagern im Norden des Landes 75 Regimegegner verschleppt, ohne Prozeß exekutiert und ihre – teils verstümmelten – Leichen dann heimlich verscharrt worden. Bisher konnten die Gebeine von 57 dieser Opfer gefunden und identifiziert werden; die menschlichen Überreste der restlichen 18 Personen sind hingegen bis heute verschollen, wie im übrigen auch diejenigen von rd. 1.100 weiteren, in den Folgejahren "Verschwundenen". Das Außergewöhnliche jedoch gerade an diesen Morden ist: Sie gehen auf das – dokumentierte – Konto einer Spezialeinheit der Armee, die unter dem direkten Kommando des Generals Arellano Stark als dem befehlshabenden, persönlichen "Delegierten des Oberkommandierenden des Heeres", also des Generals Pinochet, gestanden hatte. Offizieller Auftrag der Todeschwadron war die "Beschleunigung" von Prozessen, wie sie für die meisten politischen Gefangenen damals vor den Kriegstribunalen anstanden. Aktenvermerke belegen darüber hinaus, dass Pinochet von den – armeeintern denunzierten – Mordtaten seinerzeit unzweifelhaft Kenntnis genommen hat, ohne freilich militärgerichtliche Untersuchungen einzuleiten oder gar die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Im Gegenteil: Untergebene wurden angehalten, die Verbrechen zu vertuschen und Arellano sowie andere an dem Exekutionskommando beteiligte Offiziere wurden fürderhin sogar befördert.

1 Gemeint sind damit in Chile all jene Personen, deren Mehrzahl in den Jahren 1973 bis 1978 von den uniformierten oder zivilgekleideten Sicherheitskräften meist im Dunkel der Nacht und bei verhängter Ausgangssperre festgenommen, sodann in geheime Haftzentren verschleppt, dort verhört, gefoltert und dann ermordet wurden. Die sterblichen Überreste dieser Menschen gelten seither jedoch als "verschollen".

Der Fall Pinochet in Chile. Eine Chronologie seiner politischen und juristischen Behandlung

03.03.2000 Rückkehr von Augusto Pinochet nach Chile, wo er mit preußischer Marschmusik und militärischen Ehren empfangen wird. Tags zuvor hatte der britische Innenminister Jack Straw entschieden, den früheren Diktator aus gesundheitlichen Gründen nicht nach Spanien auszuliefern. Britische Ärzte hatten ihm Prozessunfähigkeit bescheinigt. 503 Tage lang hatte der Senator auf Lebenszeit in London unter Hausarrest gestanden.

05.06.2000 Der Berufungsgerichtshof von Santiago de Chile entscheidet mit 13:9 Stimmen, Pinochet wegen des "begründeten Verdachts auf mutmaßliche Mitwirkung" bei der "anhaltenden Entführung" von neunzehn seit dem Oktober 1973 "verschwundenen" politischen Gefangenen die parlamentarische Immunität zu entziehen. Im Vorfeld fehlgeschlagen war der Versuch der Verteidigung, den Ex-General auf der Grundlage medizinischer Gutachten *a priori* für verhandlungsunfähig zu erklären.

13.06.2000 Nach zehnmonatigen Verhandlungen am sogenannten Runden Tisch (*Mesa de Diálogo*) gelangen Opferanwälte sowie Vertreter der Militärs und der Kirche überraschend zu einem Übereinkommen. Hiernach verpflichten sich die Streitkräfte, in den nächsten sechs Monaten Informationen zum Verbleib der sogenannten "Verschwundenen" zu sammeln, vorausgesetzt die Identität potentieller Informanten werde gesetzlich geschützt. Nur acht Tage später (21.6.) ist ein solches Gesetz unter Dach und Fach.

08.08.2000 Der Oberste Gerichtshof Chiles bestätigt mit 14:6 Stimmen nicht nur die Aberkennung der Immunität Pinochets, sondern schließt darüber hinaus die Anwendung von Verjährungsregelungen im Folgeprozess aus.

01.12.2000 Paukenschlag des gegen Pinochet seit drei Jahren ermittelnden Richters Juan Guzmán Tapia. Guzmán leitet – für die Klägerseite wie für die Verteidigung gleichermaßen überraschend – formell die Verfahrenseröffnung in der Strafsache Pinochet ein. Obwohl das Berufungsgericht bereits am 4.12. Anklage und Haftbefehl gegen den 85-Jährigen vorläufig wieder aussetzt, bestehen die konsternierten Streitkräfte auf der Einberufung des Nationalen Sicherheitsrates. Staatspräsident Ricardo Lagos kommt dann aber mit der Militärführung überein, dieses Verfassungsorgan erst nach einer definitiven Entscheidung des Berufungsgerichtshofs einzuberufen. Andernfalls könnte dies als "Einmischung in juristische Angelegenheiten angesehen werden" und zudem dem "Ruf des Landes im Ausland schaden."

11.12.2000 Einstimmig gibt der Berufungsgerichtshof von Santiago de Chile dem Antrag der Verteidigung Pinochets statt, den Haftbefehl gegen den früheren Machthaber aufzuheben. Die Richter begründen ihre Entscheidung mit einem verfahrenstechnischen Regelverstoß. Hiernach könne gegen niemanden Anklage erhoben werden, dem nicht zuvor das Recht auf Aussage gewährt wurde. Nach Auffassung des Gerichts habe Pinochet ebendieses Recht nicht dadurch verwirkt, dass er einen detaillierten Fragenkatalog bis heute unbeantwortet gelassen, der ihm seinerzeit von Richter Guzmán in sein Londoner Exil überstellt worden war.

02.01.2001 Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, auf der die Militärführung dem Präsidenten ihre Unterstützung bei dessen Suche nach Versöhnung und nationaler Einheit zusichert. Hierzu beitragen könne nach Auffassung von Heereschef Ricardo Izurieta die Auslegung des Amnestiegesetzes in "seinem ursprünglichen Sinn", indem also die anhängigen Verfahren eingestellt würden, ohne dass das Schicksal der zwischen 1973 und 1978 "Verschwundenen" aufgeklärt und die Täter ermittelt sind.

05.01.2001 Vertreter der Kirchen und der Streitkräfte überreichen dem Präsidenten ihre respektiven Berichte, die, wie im Juni 2000 vereinbart, Auskunft über das Schicksal der sogenannten "Verschwundenen" geben sollen. Der Armee will es hiernach gelungen sein, das Schicksal von nahezu allen der insgesamt 177 ihr zur Last gelegten "Verschwundenen" aufzuklären, insbesondere gerade auch derjenigen Verschwollenen, die in der Strafsache Pinochet eine maßgebliche Rolle spielen. Die Mehrzahl von ihnen soll angeblich über dem Meer abgeworfen worden sein.

07.01.2001 Zusammen mit Richter Guzmán wartet eine internationale Journalistenschär vergebens auf die Ankunft von Augusto Pinochet im Militärkrankenhaus von Santiago. Der Ex-General widersetzt sich damit einer richterlichen Anordnung, sich auf seine Verhandlungsfähigkeit hin medizinisch untersuchen zu lassen. Verteidigung und Familie des 85-Jährigen hatten ihm nahegelegt, sich weder den ärztlichen Tests zu unterziehen noch vom ermittelnden Richter Guzmán vernehmen zu lassen. Anstatt Pinochet jedoch wegen Säumnis und richterlicher Missachtung abzumahnern, schiebt der versetzte Richter den Termin für die medizinische Untersuchung tags darauf kurzerhand auf.

10.01.2001ff. Pinochet unterzieht sich im armeeeigenen Krankenhaus drei Tage lang den Untersuchungen eines sechsköpfigen Ärzteteams, auf dessen Zusammensetzung sich Klägerseite und Verteidigung nach langem Hin und Her im Vorfeld verständigt hatten. Angaben aus dem Umfeld seiner Familie zufolge (10.1.) soll Heereschef Ricardo Izurieta in Begleitung seines Generalstabschefs Juan Emilio Cheyre, den Ex-Diktator zu diesem Schritt bewegt haben. Da Pinochet sich bei dem mehrtägigen Gesundheitsscheck erschöpft habe, verschiebt Richter Guzmán am 12.1. nun auch die eigentlich auf den 15. Januar angesetzte Vernehmung des Ex-Generals.

18.01.2001 Das mit Spannung erwartete psychiatrisch-neurologische Gutachten attestiert Pinochet eine "subkortikale, gefäßbedingte Demenz". Eingeschränkte Gehirnleistung, gestörtes Erinnerungs- und Urteilsvermögen, Koordinationsprobleme und Schwierigkeiten bei der Wortfindung bedeuten indes weder "Verrücktheit" noch "völlige geistige Umnachtung" – die einzigen Strafausschließungsgründe, die das chilenische Recht – im Gegensatz zum britischen – vorsieht. Der Verteidigung Pinochets sind die Ergebnisse des Berichts gleichwohl ausreichend, um unter der Maßgabe eines gebührenden Prozesses (*proceso debido*), das Verfahren einzustellen. Die Klägerseite sieht in der Diagnose erwartungsgemäß keinen Grund hierfür.

23.01.2001 Vernehmung Pinochets durch Richter Guzmán. Entgegen dem Ratschlag seiner Verteidiger, die Aussage zu verweigern, steht der ehemalige Machthaber seinem Gegenüber im Verlauf der halbstündigen Befragung Rede und Antwort. Pinochet verneint nicht nur, die 1973 von der sogenannten "Todeskarawane" durchgeführten Exekutionen angeordnet zu haben, sondern schiebt die Verantwortung hierfür dem seinerzeitigen Divisionskommandanten Joaquín Lagos zu.

29.01.2001 Richter Guzmán erhebt – unter Zurückweisung der von der Verteidigung angemeldeten gesundheitlichen Bedenken – Anklage gegen Pinochet wegen der mutmaßlichen Anstiftung zum Totschlag in 57 Fällen und der Entführung in 18 Fällen und ordnet dessen Hausarrest an. Heereschef Izurieta erbittet sich hieraufhin Respekt gegenüber "demjenigen, der 17 Jahre lang der Staatspräsident von Chile gewesen sei". Tags darauf bekunden Hunderte Anhänger Pinochets, in der Mehrzahl Frauen mittleren Alters, dem Ex-General ihre Solidarität. Am 31.1. machen auch Vorstandsmitglieder der rechten Oppositionsparteien RN und UDI dem 85-Jährigen ihre Aufwartung.

08.03.2001 Mit 2:1 Stimmen bestätigt das Berufungsgericht die Anklageerhebung gegen den Ex-Diktator, schwächt aber den Anklagepunkt gegen den 85-Jährigen ab: Pinochet wird nicht länger die Anstiftung zu den oben angesprochenen Verbrechen, sondern nur mehr deren Verschleierung zur Last gelegt.

12.03.2001 Unbeschadet der Schwere der Verbrechen, derer er angeklagt ist, setzt Richter Guzmán, den Ex-Diktator gegen eine Kaution von umgerechnet 3.500 US\$ (2.000.000 Pesos) auf freien Fuß. Mit 2:1 Stimmen ratifiziert das Berufungsgericht am 14.03.2001 diese Entscheidung, dringt aber auf die bislang unterbliebene erkennungsdienstliche Erfassung des 85-Jährigen.

Quelle: Zusammenstellung des Verfassers auf der Grundlage von Zeitungsartikeln, die der chilenischen Tagespresse entnommen wurden.

Der Fall Pinochet: Auch ein politischer Prozess

Unbeschadet der Vielzahl an juristischen Fallstricken und Spitzfindigkeiten, derer sich seit Monaten Anklage und Verteidigung im Fall Pinochet gleichermaßen bedienen, stellt das Verfahren gegen den 85-Jährigen im Kern auch einen politischen Prozess dar. Pinochet soll strafrechtlich für ein exemplarisches Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden, wofür er – wie für alle anderen Straftaten auch, denen unter seiner Herrschaft mehr als 3.000 Menschen zum Opfer gefallen sind – allemal die politische Verantwortung trägt. Einen politischen Prozess gegen die ehemaligen Machthaber aber konnte und wollte man in Chile, im Gegensatz etwa zu Argentinien, nie führen. Das war der unausgesprochen wichtigste Teil der Abmachung, auf die sich in den Jahren 1988 und 1989 die seinerzeitige Regimeopposition (und heutige Regierungsallianz) und Vertreter der Militärregierung geeinigt hatten. Das weiß auch Lagos und mit ihm die Regierungslinke, die deshalb mit einer baldigen Einstellung des Prozesses um so besser leben könnten, als in den letzten Wochen bei der weitaus wichtigeren Frage nach dem Verbleib der "Verschwundenen" offiziell mehr Fortschritte erzielt werden konnten als in den letzten zehn Jahren zusammen.

Hintergrund sind die Zusammenhänge zwischen dem Fall Pinochet und dem sog. "Runden Tisch" (*Mesa de Diálogo*). An ihm hatten sich seit August 1999 Vertreter der Streitkräfte, der Kirchen und Opferanwälte immer wieder ergebnislos versammelt, um über das Schicksal der "Verschwundenen" zu beraten. Kein Zufall konnte deshalb sein, dass dieser "Dialog" gerade zu einem Zeitpunkt von Erfolg gekrönt wurde, da der Oberste Gerichtshof entschieden hatte, dem Ex-Diktator – in dessen Funktion als Senator auf Lebenszeit – die parlamentarische Immunität zu entziehen (vgl. die Chronologie). Mit einem Mal wollten die Militärs nun versprechen, in ihren eigenen Reihen binnen sechs Monaten Informationen zum Verbleib der "Verschwundenen" zu sammeln, immer vorausgesetzt, die Identität potentieller Informanten würde auch gesetzlich geschützt. Freilich hatten die Streitkräfte nie einen Hehl daraus gemacht, dass die Mitarbeit derer, die um das Schicksal dieser Opfer wüssten, auch und gerade vom Fortgang in der "Strafsache Pinochet" abhinge.

Wenn "Verschwundene" ein zweites Mal verschwinden ...

Der früh gehegte Verdacht, insbesondere der Armee gehe es mit dieser Geste nicht wirklich um

eine Aufklärung der "Verschwundenen"-Schicksale, sondern darum, einen definitiven Schlussstrich unter das Menschenrechtsthema zu ziehen und *en passant* ihren *Comandante en jefe benemérito* im Fall der "Todeskarawane" zu entlasten – er lag auf der Hand und hat sich mit den zu Jahresanfang an Präsident Lagos überreichten Berichten von Heer, Marine, Luftwaffe und *carabineros* auch bestätigt. Hiernach soll der Verbleib von 200 "Verschwundenen" angeblich aufgeklärt sein. Die Mehrzahl dieser Opfer – insgesamt 151 Personen – sei über dem Meer sowie über Flüssen und Seen abgeworfen worden. Zwanzig, nicht identifizierte Opfer lägen in einem nicht näher lokalisierten Massengrab nördlich der Hauptstadt. Weitere "Verschwundene" seien u.a. in Bergwerksstollen stillgelegter Salpeterminen im Norden des Landes verscharrt worden (El Mercurio, 9.01.2001). Diese Menschen hätten deshalb, wie stellvertretend alle anderen "Verschwundenen" auch, nicht länger als verschollen zu gelten, sondern seien für tot zu erklären, so die Streitkräfte. Im besonderen, so ihr eigentliches Kalkül, seien deshalb die um diese Fälle anhängigen Verfahren wegen der nun nicht länger aufrechtzuerhaltenden "Entführungsthese" definitiv einzustellen.

Unbeschadet dieses nur allzu durchsichtigen Manövers, haben sich Präsident und Regierung im Januar sogleich beeilt, den Uniformierten für ihren "transzendentalen Schritt" (Enrique Correa, in: El Mercurio, 16.01.2001) sowie für "ihre Größe und ihren Mut" (Ricardo Lagos in einer landesweiten Fernseh- und Rundfunkansprache, abgedruckt in: El Mercurio, 8.01.2001) bei der Anerkennung der von ihnen begangenen Verbrechen öffentlich Respekt zu zollen. Lob kam auch vom früheren Präsidenten Patricio Aylwin (1990-1994). Unter dessen Regierung war 1991 ein Bericht über die Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur (*Informe Rettig*) erstellt worden, dessen Legitimität von den Militärs immer bestritten worden war. Zehn Jahre später ist diese Dokumentation nun zur Grundlage ihrer eigenen Suche nach den "Verschwundenen" geworden. Die vielzitierten Fortschritte in der Menschenrechtsfrage beziehen sich deshalb vor allem darauf, dass es mit der menschenverachtenden Heuchelei um die "Verschwundenen" nun definitiv ein Ende hat. Tatsächlich hatten *Hardliner* unter den Uniformierten, der politischen Rechten und den Unternehmern in der Vergangenheit immer wieder behauptet, bei diesen Personen handele es sich in Wahrheit um eine von der Linken aufgebaute Fiktion, die diese in die Welt gesetzt habe, um ihre eigenen Verluste zu kaschieren.

Die Menschenrechtspolitik: Eiertänze und Enttäuschungen

Eher schon als Fiktion könnte sich am Ende der Glaube an die Richtigkeit der von den Streitkräften jüngst lancierten Daten erweisen – angesichts der seit Wochen erfolglosen Suche nach den menschlichen Überresten der "an Land Beseitigten", deren Schicksal bislang die Hoffnung nährt, wenigstens diesen Teil der von den Militärs gemachten Angaben zu den "Verschwundenen" überhaupt verifizieren zu können. Tatsächlich ist das erste Entsetzen über die Enthüllungen der Militärs – selbst die rechten Oppositionsparteien sprachen von "nicht zu rechtfertigenden und irrationalen Greueln" (El Mercurio, 9.01.2001) – längst zunehmenden Zweifeln an der Wahrhaftigkeit ihrer Daten gewichen. Der Eiertanz der Regierung Lagos, derlei Kritik zunächst als Ausdruck fehlenden Respekts gegenüber den Streitkräften zu brandmarken, um am Ende selbst ernsthafte Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Informationen der Uniformierten anzumelden, spricht Bände über eine Menschenrechtspolitik, die seit Jahren nur mehr konzeptionslos reagiert und die Verantwortung für dieses Politikfeld am liebsten ganz den Gerichten anheim stellen würde. Nicht von ungefähr sprechen Menschenrechtsgruppen, Opferanwälte und Angehörige der "Verschwundenen", ohnehin seit Jahren gedemütigt, mittlerweile vom blanken Hohn, der ihnen von Regierung und Militär gleichermaßen entgegenschlägt. Tatsächlich bleibt – vgl. El Mercurio, 14.01.2001 – mit Blick auf die jüngsten von der Regierung Lagos so hochgelobten Berichte der Streitkräfte festzuhalten:

- Die in ihnen enthaltenen Informationen sind unvollständig, ungenau und zum allergrößten Teil nicht verifizierbar. Tatsächlich haben die Militärs gerade *keine* "Angaben über zum Teil grausame Details der Hinrichtung von politischen Gefangenen und der Beseitigung der Leichname" (FAZ, 17.1.2001) gemacht. Vielmehr wollen sie allein Daten zum Schicksal bzw. Aufenthaltsort der "Verschwundenen" gesammelt haben, ohne auch nur andeutungsweise Informationen zu den näheren Todesumständen preisgegeben zu haben. Selbst die Gutgläubigsten fragen sich inzwischen, wie etwa die Abwürfe der Opfer über dem Meer, von denen in Chile die letzten 27 Jahre merkwürdigerweise nie auch nur im Ansatz etwas zu hören war, technisch vonstatten gegangen sein sollen und wer daran und in welcher Form beteiligt gewesen war.
- Die These vom Abwurf der "Verschwundenen" erscheint umso unglaublicher, als die Angaben bezüglich einiger dieser Personen sich mittlerweile als falsch und widersprüchlich herausgestellt ha-

ben. So will die Armee angeblich 1973 über dem Meer Personen abgeworfen haben, deren sterbliche Überreste 1992 bei Ausgrabungen geborgen und zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Anderen "Verschwundenen" will man sich auf diese Weise zu einem Zeitpunkt entledigt haben, als diese nachgewiesenermaßen noch in den Haftzentren ihrer Peiniger einsaßen. Spekuliert wird, dass die Armee ihre "Abwurfdaten" offenbar aus Informationen des Solidaritätsvikariats und des „Informe Rettig“ rekonstruiert hat, die aber in vielen Fällen durch neue Erkenntnisse und Ermittlungen längst überholt sind.

- Schließlich drängt sich der Verdacht auf, die von den Streitkräften lancierten Fälle seien gezielt nach politischen Vorgaben ausgewählt worden. So mutet merkwürdig an, dass unter den 200 der insgesamt rd. 1.100 "Verschwundenen", deren Schicksal angeblich ermittelt werden konnte, sich nicht weniger als 17 der insgesamt 18 "Verschollenen" befinden, denen im Prozess gegen Augusto Pinochet eine Schlüsselrolle zukommt. Ebenso aufhorchen lässt, dass gerade solche Fälle aufgeklärt werden konnten, die in der Vergangenheit eine große Außenwirkung entfaltet hatten, da hier die Angehörigen als Mitwirkende am "Runden Tisch" (Pamela Pereira) oder als Vorsitzende von Menschenrechtsorganisationen (Viviana Díaz) oder Parteien (Gladys Marín) immer wieder im Licht der Öffentlichkeit standen und stehen. Nur bei diesen handverlesenen Fällen waren interessanterweise auch Informationen der DINA zu beziehen. Auf ihr Konto gehen die allermeisten "Verschwundenen". Das Schicksal dieser 360 Personen aber konnten (oder wollten) die Uniformierten nicht aufklären.

Die Wirtschaftsbilanz:

Die Lage ist besser als die Stimmung

Ungleich erfreulicher als die Menschenrechtspolitik nimmt sich die Haushalts- und Wirtschaftsbilanz der Regierung Lagos aus. Nach dem vorübergehenden Einbruch 1999 (minus 1,1%) konnte Chiles Volkswirtschaft im vergangenen Jahr bereits wieder ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 5,4% verbuchen und damit – einmal mehr – die mit Abstand höchste Zuwachsrate in Südamerika verzeichnen. Ähnlich hohe Zuwächse des BIP von deutlich über 5% erwartet die Regierung für das laufende wie für das kommende Jahr – Erwartungen, die freilich in den letzten Wochen wegen des ausgeprägten Stimmungstiefs, das derzeit im Lande herrscht, bereits wieder zurückgeschraubt wurden. Lieber wäre der Regierung ohnehin, sie könnte Prognosen von 7, ja 8% abgeben. Tatsächlich gelten in Chile Wachstumsjahre

von unter 6% mittlerweile als verlorene Jahre. Schließlich will man bis 2010 – so die ehrgeizigen Pläne – zumindest beim Pro-Kopf-Einkommen zum unteren Drittel der westlichen Industrienationen aufgeschlossen haben.

Wachstumsmotor sind und bleiben – mit einem Anteil von 45% am BIP und einer Steigerungsrate von 16% gegenüber dem Vorjahr – die Exporte. Gestützt auf die wieder anziehenden Rohstoffpreise insbesondere für Kupfer – Ø1999: 71 Cents/Pfund; Ø2000: 82 Cents/Pfund – kletterte der Wa-

renwert der chilenischen Ausfuhren zum Jahresende auf die neue Rekordmarke von 18,2 Milliarden US\$. Von den Mehreinnahmen aus dem (staatlichen) Kupfergeschäft profitierte *en passant* auch der Fiskus. Mehr Geld als erwartet floss auch aus den Privatisierungserlösen in die Staatskasse. Da unter Finanzminister Hernán Eyzaguirre an der strikten Ausgabendisziplin gleichwohl festgehalten wurde, konnte nach dem Defizit 1999 (-1,5%) im letzten Jahr bereits wieder ein – wenn auch leichter – Haushaltsüberschuss (+0,1%) erzielt werden.

Wirtschaftliche Kennziffern – Chile 1998-2001

	1998	1999	2000	2001*
Binnenwirtschaft (in %)				
Reales BIP-Wachstum	3,4	-1,1	5,4	5,0
Inflation, Jahresendwert	4,7	2,3	4,5	3,2
Öff. Haushaltssaldo in % des BIP	0,4	-1,5	0,1	-0,3
Arbeitslosigkeit, saisonbereinigt	8,1	9,2	9,3	k.A.
im Großraum Santiago	11,4	12,4	13,4	k.A.
Außenwirtschaft (in Mrd. US\$)				
Warenausfuhr	14,8	15,6	18,2	19,3
Wareneinfuhr	17,3	14,0	16,7	18,4
Leistungsbilanzsaldo	-4,1	-0,1	-0,9	-1,3
in % des BIP	-5,7	-0,1	-1,3	-1,8
Ausländische Netto-Direktinvestitionen	1,8	4,4	-1,1	2,0
Geld- und Finanzmarkt (in Mrd. US\$)				
Devisenreserven, Jahresende	15,7	14,5	14,7	16,0
Brutto-Auslandsverschuldung	31,7	34,2	36,8	37,5
davon kurzfristig	7,9	7,4	7,9	7,5
Wechselkurs (Pesos pro US\$), Jahresendwert	474	528	574	582
* Prognosen, Stand 3/2001				
Quelle: Dresdner Bank Lateinamerika, zitiert in: NZZ, 10.4.2001, Nr. 84: 23; Zentralbank von Chile				

Ein Blick hinter die Fassade des Booms: Chile ist und bleibt v.a. ein Rohstoffproduzent

So beeindruckend sich Chiles makroökonomische Kennziffern neuerlich ausnehmen, so sehr richten sie das Augenmerk auf die weiterhin hohe Abhängigkeit des Landes von der internationalen Preisentwicklung einiger weniger Rohstoffe bzw. Agrarprodukte. Noch 1997 bezifferte die Welthandelsorganisation (WTO) den Rohwarenanteil an Chiles Ausfuhren auf 85% (vgl. Trade Policy Review-Chile 1997, <http://www.wto.org>). Allen Anstrengungen um eine Verbreiterung der Exportpalette zum Trotz konzentriert sich die Hälfte aller Einnahmen aus dem – überdies wenig beschäftigungsintensiven – Exportgeschäft auf die Ausfuhr von nach wie vor nur drei Primärgütern: Kupfer, Zellu-

lose und Fischmehl. Negativ gewendet bedeutet dies: Mit jedem Cent, um den sich beispielsweise der Weltmarktpreis für Kupfer verbilligt, sinken Chiles Deviseneinnahmen um jährlich 100 Millionen US\$ (El Mercurio, 18.01.2001). Sogenannte Stabilisierungsfonds, wie sie Chile in Gestalt eines Ausgleichsfonds für Kupfer eingerichtet hat, vermögen ihre Pufferwirkung im Falle von Außenschocks allenfalls kurzfristig zu entfalten, wie zuletzt die Asienkrise gezeigt hat.

Bislang hat das Land auf diese strukturbedingte Verwundbarkeit seiner Volkswirtschaft in erster Linie mit immer größeren Abbau-, Abholzungs- und Fischfangmengen seiner – wiewohl nicht unbegrenzt vorhandenen – natürlichen Ressourcen reagiert. *Unisono* und nur zu gerne verweisen Wirtschaft und Politik darauf, bei einem Jahresaus-

stoß von zuletzt (2000) 4,6 Millionen Tonnen und einem Anteil von 35% an der Weltjahresproduktion der Welt größter Kupferexporteur zu sein (El Mercurio, 25.02.2001, 6.08.2000, 2.04.2000). Schätzungen gehen am Ende dieser Dekade sogar von bis zu 6,5 Millionen Tonnen aus. Auch beim Fischmehl ist der Pazifikanrainer mittlerweile hinter Peru zum zweitgrößten Exporteur weltweit avanciert.

Wer vor den irreversiblen ökologischen Folgen und der zeitlichen Begrenztheit eines solchen Exportmodells warnt, dessen Stimme geht allerdings auch weiterhin im lauten, parteiübergreifenden Getöse um immer neue Wachstumsrekorde unter. Dabei drohen beispielsweise die ersten Kupferminen mangels Rentabilität bereits 2010 geschlossen zu werden. Spätestens in vierzig Jahren sollen auch die letzten Reserven des roten Goldes aufgebraucht sein, ohne dass derzeit Aussicht auf neue Vorkommen oder auf einen Ersatz für diese traditionell wichtigste Devisenquelle des Landes besteht. Umso dringlicher müsste deshalb an Alternativen gearbeitet, vor allem aber dem weithin ungezügelter Raubbau an der Natur Einhalt geboten werden. Alarmierende Anzeichen gibt es längst: Die stark dezimierten Fischbestände vor der Pazifikküste vor Augen, wird man auch in Chile über kurz oder lang dazu gezwungen sein, sich nicht mehr nur in Sonntagsreden auf nachhaltiges Wirtschaften zu verpflichten. Zeitlich befristete Fischfangverbote – wie sie im vergangenen Jahr erstmals ausgesprochen wurden – zeugen von der schieren Notwendigkeit solchen Umdenkens.

Widersetzt sich bislang der Belebung: Der Arbeitsmarkt

Allerdings ist gerade die jetzige Regierung – wegen des Legats der Allende-Jahre (1970-73), aber auch aus Gründen der eigenen Glaubwürdigkeit – zu einem kräftigen Wirtschaftswachstum nachgerade verdammt. Anders ist die von Lagos zu Beginn seiner Amtszeit in Aussicht gestellte Schaffung hunderttausender neuer Arbeitsplätze kaum zu bewerkstelligen. Freilich zeichnet sich bereits heute ab, dass dieses Ziel, an dessen Erfolg sich die Regierung – ähnlich wie hierzulande – nach eigenem Bekunden messen lassen will, nicht erreicht werden dürfte. Allein im vergangenen Jahr wurden trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs nicht – wie versprochen – 200.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern – im Gegenteil – fast weitere 60.000 abgebaut. Dementsprechend angespannt ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Offiziellen Angaben zufolge (<http://www.ine.cl>) beläuft sich die – wieder ansteigende – Erwerbslosenquote auf gegen-

wärtig 8,4% (Nov. 2000 bis Jan. 2001). Saisonbereinigt sind das 9,4%, und bezogen auf den Großraum Santiago, der mehr als jeden dritten Chilenen beherbergt, sogar 13,4%. Von Lagos angepeilt worden waren landesweit 7%.

Was die Kräfte des freien Marktes nicht zu richten imstande sind, sollen nun staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und kommunale – wiewohl von der Zentralregierung gesteuerte – Beschäftigungspläne besorgen. Millionenschwere Wohnungsbau- und Infrastrukturprogramme zielen zuvorderst auf den arbeitsintensiven Bausektor. Allein dadurch sollen, so Arbeitsminister Ricardo Solari, rd. 60.000 der fast 500.000 Arbeitssuchenden im Land demnächst wieder in Lohn und Brot stehen (El Mercurio 4.03.2001). Zudem hat die Regierung Anfang März beschlossen, den mittleren und kleineren Unternehmen mit 2,2 Milliarden US\$ unter die Arme zu greifen. Hintergrund ist, dass viele dieser rd. 400.000 Betriebe, die ca. 80% aller Erwerbstätigen im Land beschäftigen, unter einer teils erdrückenden Schuldenlast und den angeblichen *Dumping*-Preisen chinesischer Importartikel stöhnen. Von beiden Maßnahmen erhofft sich die Regierung schließlich auch eine Wiederbelebung der seit drei Jahren schleppenden Inlandsnachfrage.

Die Geldpolitik: Verstärkt wachstumsorientiert

In dieselbe Richtung zielt seit geraumer Zeit auch die Politik der Notenbank. Mitte April hat sie, aufgeschreckt durch die jüngsten Deflationsanzeichen, aber auch in Erwartung weiterer Zinssenkungen in den USA, den realen Leitzinssatz um weitere 25 Basispunkte auf 3,75% – und damit auf das niedrigste Niveau seit 1987 – gesenkt (El Mercurio, 11.04.2001). Es war dies bereits die vierte Zinsabsenkung in diesem Jahr. Bei Zinssätzen von kaum mehr als einem Prozent locken die Banken die zahlreichen Kreditkartenbesitzer im Land, von denen mehr als 30% als überschuldet gelten, mittlerweile mit Billigstkrediten. Offenbar will sich der – *de jure* autonome – Zentralbankrat nicht noch einmal wie im Gefolge der Asienkrise dem Vorwurf aussetzen, mit seiner allzu restriktiven Geldpolitik und Zinssätzen von zeitweise 14% (September 1998) den – zuletzt eher schwächelnden als sich beschleunigenden – Konjunkturaufschwung gefährdet zu haben.

Andererseits wurde durch die neuerliche Zinsabsenkung der Druck auf die eigene Landeswährung weiter verstärkt. Bereits im vergangenen Jahr hätten Pesoschwäche (1:574 zum Jahresende bei erwarteten 1:512 gegenüber dem US\$) und Inflationsentwicklung (4,5% zum Jahresende bei ange-

peilten 3,5%) eine eigentlich straffere Geldpolitik erfordert. Gleichwohl kann als sicher gelten, dass die Zentralbank um ihren Chef Carlos Massad die Zügel in dem Maße wieder anziehen wird, wie die fortschreitende Abwertung des Peso auf die Teuerungsrate durchzuschlagen beginnt. Ihr Zielbereich soll zum Jahresende 2001 zwischen 2 und 4% liegen. Die jüngsten Zinssignale von Chiles obersten Währungshütern bedeuten deshalb noch keine Abkehr von ihrer traditionell stabilitätsorientierten Geldpolitik.

Im Zeichen der Globalisierung: Die Kapitalmarktentwicklung

Ein wieder günstigeres Investitions- und Beschäftigungsklima erhofft sich die Regierung auch von der weiteren Kapitalmarktliberalisierung: Inlandsbanken dürfen Kredite nun auch in ausländischer Währung gewähren, die einjährige Mindestverweildauer für Portfolioinvestitionen aus dem Ausland wurde aufgehoben und der Eigenkapitalanteil bei ausländischen Direktinvestitionen von 50 auf 25% gesenkt. Die Kapitalmarktentwicklung in Chile fördern will auch die Weltbank. Sie hat im Juni letzten Jahres erstmals eine inflationsindexierte, fünfjährige Anleihe in chilenischer Währung – in einer Höhe von umgerechnet 105 Millionen US\$ – aufgelegt (FAZ, 2.06.2000). Der Markt für heimische Anleger wird dadurch zwar breiter. Allerdings steigt durch den gleichzeitigen Wegfall der bisherigen Kapitalverkehrskontrollen gerade im Kontext niedriger Zinsen auch die Gefahr unerwarteter, kurzfristiger Kapitalabflüsse.

Tatsächlich ist in Chile im vergangenen Jahr erstmals seit Anfang der 80er Jahre wieder mehr Kapital ab- als zugeflossen – Ausdruck wie Folge stark rückläufiger ausländischer Direktinvestitionen (-60% im Vergleich zum allerdings hohen Vorjahresniveau) bei einer zeitgleich verstärkten Investitionstätigkeit chilenischer Unternehmen im Ausland. Neben chilenischen Energieunternehmen, Supermarktketten und den Pensionsfonds mischt nun erstmals auch das staatseigene Kupferkonsortium CODELCO (*Corporación Nacional del Cobre*) im (süd-)amerikanischen Ausland mit. Zusammen mit der kanadischen *Noranda* hat man für 800 Millionen US\$ die Hälfte am ebenfalls kanadischen Kupferproduzenten *Río Algom* übernommen. *Río Algom* unterhält Abbaustätten u.a. in Argentinien, Chile, Peru, Kanada und den USA. CODELCO selbst hat damit seine Position als weltweit größter Kupferproduzent weiter ausgebaut (El Mercurio, 23.08.2000).

Die Steuerhinterziehung: Ein beliebter Sport vor allem unter den Besserverdienenden

So enig man sich – über alle politischen Parteien hinweg – im Falle der Internationalisierung und Nicht-Privatisierung von CODELCO ist, so umstritten sind selbst im Regierungslager die Gesetzesvorschläge der Exekutive zur Reform der Arbeits- und Steuergesetzgebung. Geplant ist – seit mehreren Jahren – dreierlei:

- Die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. 1995 von der Vorgänger-Regierung Frei eingebracht, hat das Gesetzesvorhaben im August letzten Jahres immerhin die Abgeordnetenkammer passiert. Finanziert werden soll die Versicherung über monatliche Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge sowie durch jährliche Staatszuschüsse in Höhe von umgerechnet 10 Millionen US\$.
- Die Stärkung der Arbeiterrechte bei Lohnverhandlungen und Streiks. Die zuletzt im Dezember 1999 unter der Regierung Frei gescheiterte Verabschiedung der Reform steckt neuerlich im Senat fest. Sie sieht u.a. betriebsübergreifende Tarifverhandlungen und die Einrichtung einer gewerkschaftlichen Vertretung für Zeitarbeiter vor.
- Ein Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Dazu sollen die Kompetenzen der Steuerbehörde SII (*Servicio de Impuestos Internos*) gestärkt und ihr Personalbestand von derzeit bereits 3.000 Beschäftigten weiter aufgestockt werden. Die Regierung verspricht sich hiervon, die auf vier Milliarden US\$ bezifferten Steuerausfälle um ca. 20% drücken zu können (El Mercurio, 14.03.2001). Die erhofften Mehreinnahmen sollen der Armutsbekämpfung zugute kommen – eine umso dringlichere Aufgabe, als die Regierung Lagos wiederholt bekundet hat, den Armenanteil (21,7% der Gesamtbevölkerung) drastisch senken zu wollen.

Nicht nur Opposition und Unternehmer bezweifeln indessen, dass sich durch letztere Maßnahme die Zahlungsmoral insbesondere der Besserverdienenden verbessern lässt, geschweige denn positive Beschäftigungseffekte oder Wachstumsimpulse von den anderen Projekten zu erwarten sind. Auf Widerstand stoßen die Regierungsvorhaben deshalb auch bei einigen Christdemokraten. Deren Senatoren und frühere Minister Edgardo Boeninger und Alejandro Foxley lancierten jüngst den – postwendend von der Regierungslinken verworfenen – Vorschlag, der mit steigendem Einkommen umso beliebteren Steuerhinterziehung durch eine Senkung des Höchststeuersatzes bei der Einkommenssteuer von derzeit 45% auf 35% begegnen zu wollen. Im Gegenzug sollten dafür die Unternehmensgewinne mit 18% statt wie bisher mit 15% besteuert werden.

Dieser Vorschlag hat freilich Mitte März prompt die Unternehmervverbände auf den Plan gerufen. Deren Spitzenfunktionäre geben mittlerweile nicht nur unverhohlen zu, sich an jährliche Unternehmensgewinne um die 20% längst gewöhnt zu haben, sondern gestehen auch offen ein, dass gerade die höheren Einkommensgruppen in Chile die Steuern systematisch hinterziehen. Die Lösung des Problems aus Unternehmersicht: Abkehr von der abgestuften, progressiven Einkommensteuer hin zu einer einheitlichen, einkommensunabhängigen 15%-igen Besteuerung privater Einkommen und Unternehmensgewinne. Das hiervon erhoffte kräftige Wirtschaftswachstum allein würde die erheblichen Mindereinnahmen für den Fiskus wieder wettmachen.

Die Ursachen des Reformstaus

Derlei frühkapitalistische Züge im Denken weiter Teile von Opposition und Unternehmerschaft mögen zwar mit sozialer Marktwirtschaft wenig zu tun haben, noch zumal angesichts der enormen Kluft zwischen Arm und Reich im Land. Gleichwohl vermag der von Präsident Lagos gegen die Oppositionsparteien RN (*Renovación Nacional*) und UDI (*Unión Demócrata Independiente*) erhobene Vorwurf, diese torpedierten insbesondere das Vorhaben bei der Steuergesetzgebung, nicht zu überzeugen (El Mercurio, 10.03.2001). Denn auf deren Stimmen ist die Regierung bei der Verabschiedung der besagten Gesetzesvorhaben gar nicht angewiesen. Tatsächlich reichen hierfür einfache bzw. absolute Mehrheiten in beiden Kammern aus, und nach der Aufhebung der Immunität Pinochets verfügt das Regierungsbündnis aus Christdemokraten, Sozialisten und Sozialdemokraten wie schon in der Abgeordnetenversammlung (69:51) nun auch über eine solche im Senat (24:23).

Der Reformstau in der Steuer- und Arbeitsgesetzgebung verweist deshalb vielmehr auf die Meinungsunterschiede innerhalb der *Concertación*. Dass die Regierungslinke nun ihrerseits eine Abstimmung hierüber so schnell wie möglich und ohne Rücksicht auf Erfolg durchziehen will, auf dass die Wähler im Dezember gegebenenfalls die Christdemokraten abstrafen mögen, zeigt auch dem Außenstehenden an, dass in Chile bald Parlamentswahlen anstehen. Schon vergessen scheint, dass ein solcher Schuss zuletzt gehörig nach hinten losging, als man im letzten Präsidentschaftswahlkampf versuchte, den vermeintlichen "Verrat am Volk" der rechten Opposition und ihrem Kandidaten Lavín anzukreiden (vgl. Brennpunkt Lateinamerika Nr. 03-2000). Dabei ist Eile durchaus angesagt. Schließlich will man sich – noch dazu in

Wahlkampfzeiten – nicht länger dem Vorwurf aussetzen, für unsichere wirtschaftliche Rahmenbedingungen gesorgt zu haben. Auch muss man fürchten, beider Parlamentsmehrheiten in der nächsten Legislaturperiode verlustig zu gehen. Dazu kommt, dass viele Abgeordnete – 80% stellen sich am 11. Dezember der Wiederwahl – bereits jetzt in ihrem eigenen Wahlkampf stecken, dergestalt, dass etwa im Unterhaus zuletzt gar nicht mehr abgestimmt werden konnte, da von den 120 Volksvertretern nicht einmal das nötige Drittel zugegen war (El Mercurio, 9.03.2001).

Dokumentiert wird damit aber auch, dass die bisherige Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament unter der Präsidentschaft von Lagos nicht die beste gewesen ist. Namentlich christdemokratische Abgeordnete haben im letzten Jahr immer wieder den mangelhaften Informationsfluss und Abstimmungsprobleme innerhalb des regierenden Mitte-Links-Bündnisses beklagt. Selbst eigens hierzu veranstaltete Zusammenkünfte zwischen Regierungsvertretern, Parteiobere und Parlamentariern – wie im Dezember 2000 das sogenannte Treffen *Santiago I* – haben daran bislang nichts geändert. Die Klausurtagungen *Santiago II und III*, ursprünglich für den kommenden Juli vorgesehen, werden deshalb früher als geplant stattfinden müssen. Schließlich sollen nach dem Willen des Präsidenten die in Rede stehenden Gesetzesvorhaben – inklusive eines neuen Pressegesetzes – bis spätestens kommenden September verabschiedet sein.

Die Außenwirtschaftspolitik: Keine Abkehr vom "Sonderweg"

Den größten Schub für die chilenische (Export-)Wirtschaft verhoffen sich Regierung und Unternehmer von einem Freihandelsabkommen mit den USA. Die Vereinigten Staaten sind für Chile nicht nur der wichtigste Handelspartner, sondern insbesondere der traditionell größte ausländische Investor. Vor diesem Hintergrund hat im November letzten Jahres auch Präsident Lagos den diesbezüglichen Avancen der US-Amerikaner nicht widerstehen wollen und die von ihm eigentlich angestrebte Vollmitgliedschaft im MERCOSUR (*Mercado Común del Sur*) erst einmal zurückgestellt. Mittelbar hat er damit auch den Interessen der einheimischen Agrarlobby und der Militärs Rechnung getragen, die beide eine allzu starke Annäherung an das ungleiche Viererbündnis (Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay) von jeher mit Argusaugen betrachtet hatten.

Ein erfolgreicher Abschluss mit den USA wird vor allem davon abhängen, ob deren neue Admi-

nistration mit dem Subkontinent über die – derzeit favorisierte – Schaffung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA (*Area de Libre Comercio de las Américas*) oder aber über bilaterale Abkommen ins Geschäft kommen wird (vgl. Brennpunkt Lateinamerika Nr. 04-2001). Sollte den Chilenen der momentan eher unwahrscheinliche Coup eines Freihandelsabkommens mit den USA gelingen – Knackpunkt ist die sog. *Fast-Track*-Autorisierung von Präsident Bush durch den US-Kongress, die offenbar neuerlich wie schon 1995 und 1997 für Chile nur in einem verschnürten Paket mit anderen Ländern beantragt werden soll (El Mercurio, 28.02.2001) –, dann wird sowohl mit einer Zunahme ausländischer Direktinvestitionen als auch mit einer erheblichen Ausweitung des Handels gerechnet, da sich Chile "als eine der stabilsten Volkswirtschaften Lateinamerika profiliert (habe) und von hier aus [dann] der nordamerikanische Markt ... ohne [v.a. nichttarifäre] Handelshemmnisse bedient werden könnte" (Dresdner Bank Lateinamerika AG (Hrsg.): Perspektiven Lateinamerika, Januar 2001). Da die USA derzeit – hinter Lateinamerika (22%), der EU (25%) und Asien (31%) – mit einem Anteil von 17% auf dem vierten Platz der chilenischen Ausfuhren rangieren, scheint ein solcher Schritt auch aus handelsstrategischer Sicht richtig.

Richtig ist allerdings auch, dass die neuerlichen Verhandlungen mit der US-Administration über ein Freihandelsabkommen – nachdem Mitte der 90er Jahre geführte Gespräche um einen NAFTA-Beitritt am Widerstand des US-Kongresses gescheitert waren – letzten Dezember nur um den Preis ernsthafter Verstimmungen mit dem wichtigsten MERCOSUR-Mitglied Brasilien aufgenommen werden konnten (vgl. Brennpunkt Lateinamerika Kurzinformat Nr. VIII). Denn kaum ein halbes Jahr zuvor hatte die Regierung Lagos noch einen Antrag auf Vollbeitritt zu dieser südamerikanischen Freihandelszone und Zollunion gestellt und damit ihren Wunsch unterstrichen, den MERCOSUR weiter stärken und vertiefen zu wollen. Ausbleibende Fortschritte im Streit vor allem mit Argentinien und Brasilien über die Angleichung der unterschiedlichen Zolltarife – Chile erhebt im Gegensatz zum MERCOSUR (14%) einen deutlich niedrigeren durchschnittlichen Außenzoll (9%) und will diesen bis 2003 weiter auf 6% absenken – haben die chilenische Regierung jedoch mittlerweile von diesem Vorhaben deutlich und auch langfristig Abstand nehmen lassen, zumal die ursprünglich für dieses Jahr vorgesehene 3%-ige Absenkung des MERCOSUR-Importtarifs zum Jahresende 2000 neuerlich hinausgeschoben wurde, und mit dem wirtschaftlich arg angeschlagenen Nach-

barn jenseits der Anden nun auch der Handelsblock als ganzer ins Trudeln zu geraten droht (vgl. Ricardo Lagos: Chile en un Mundo en Cambio. Los Enfoques de la Política Exterior, in: El Mercurio, 4.03.2001).

Chiles Handelsstrategen im Außen- und Wirtschaftsministerium sehen sich durch die anhaltende Krisenstimmung im MERCOSUR einmal mehr bestärkt, ihre bislang überaus erfolgreiche Politik der bilateralen Handelsabkommen unbeirrt fortzusetzen. "Kühn, ja aggressiv" müsse Chile zukünftig bei seinen Verhandlungen auftreten, wolle man zu den Gewinnern im 21. Jahrhundert gehören, hat Vize-Außenminister Heraldo Muñoz nach seiner Rückkehr vom letzten Gipfeltreffen der APEC (*Asia-Pacific Economic Cooperation*), der Chile seit 1994 angehört, angemahnt (El Mercurio, 19.11.2000). Dabei kann das Land schon jetzt – als südamerikanischer Klassenprimus mit einer in den 90er Jahren rund doppelt so hohen Wachstumsrate des BIP (6,3%) wie der Durchschnitt dieser Ländergruppe, noch dazu im Kontext einer grundsoliden Haushalts- und Finanzpolitik – die von den verärgerten Brasilianern zuletzt erwirkte Suspendierung der Verhandlungen über einen Vollbeitritt des Landes zum MERCOSUR nur allzu leicht verschmerzen; zumal man mit Mexiko (1991) und Kanada (1996) in der Vergangenheit erfolgreiche Freihandelsabkommen abgeschlossen hat und sich seit Mitte der 90er Jahre nicht minder erfolgreich handelspolitisch verstärkt am asiatisch-pazifischen Raum ausrichtet. Mittlerweile ist Asien zum wichtigsten Absatzmarkt überhaupt für Chiles Exporte avanciert. Dazu kommen das hohe Ansehen, das Chile bei internationalen Geldgebern wie dem Internationalen Währungsfond und der Weltbank genießt, und nicht zuletzt die Verhandlungen um Assoziierungs- bzw. Freihandelsabkommen, wie man sie gegenwärtig selbst mit so riesigen Handelsblöcken wie der Europäischen Union (erhoffter Abschluss 2002) oder einer Großmacht wie den USA führt.

Der Vorwurf einiger Kritiker, die Chilenen seien mit diesem "Sonderweg" allzu sehr auf ihren eigenen Vorteil bedacht und unterminierten mit der Favorisierung bilateraler Freihandelsabkommen mit Nordamerika die strategischen Anstrengungen des MERCOSUR, einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsblock im Süden des Kontinents aufzubauen, übersieht bisweilen zweierlei: Erstens, die nicht minder strategische Wirkung, die von Chiles zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung und seiner in der Region beispiellosen militärischen Zusammenarbeit mit dem MERCOSUR-Kernstaat Argentinien ausgeht, sowie zweitens: das nur zu offensichtliche Bemühen der amtierenden Admi-

nistration Lagos mit dem seit Februar 2001 neuerlichen *pro tempore* Vorsitz über die Rio-Gruppe, die politische Konzertierung Süd- und Mittelamerikas auch und gerade im Hinblick auf eine gemeinsame Positionierung gegenüber den USA, der EU wie der WTO vorantreiben zu wollen (El Mercurio, 13.03.2001; 2.01.2001; 27.11.2000). Dazu kommt aus chilenischer Sicht die Auffassung, dass handels- wie im übrigen auch sicherheitspolitisch mit den wiederkehrenden Streitereien zwischen Argentinien und Brasilien solange kein Staat – noch zumal gegen die USA – zu machen ist, wie die beiden MERCOSUR-Partner zwar allenthalben sogenannte strategische Allianzen begründen, andererseits aber eigene Führungsansprüche und Handelsdifferenzen nie wirklich begraben, und selbst "Sonderwege" zu gehen bereit sind.

Die Beziehungen zu den Anrainern im Norden

Seltsam anachronistisch nehmen sich im Gegensatz zu den zahlreichen Handelskontakten Chiles in aller Welt (172 Handelspartner) die politischen Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarstaaten Bolivien und Peru aus. Insbesondere mit ersterem Anrainerstaat herrscht auch unter der Regierung Lagos weiterhin Eiszeit; hier sind die diplomatischen Kontakte seit 1978 eingefroren. Stein des Anstoßes ist der – seit mehr als einem Jahrhundert geführte – Streit um einen souveränen Zugang Boliviens zum Meer. Zwar hat das im Pazifikkrieg unterlegene Land seine Gebietsverluste (1/3 seines Territoriums) 1904 in einem Friedensvertrag mit Chile *de jure* anerkannt, faktisch aber seine Neupositionierung als Binnenstaat nie verwunden. In der Praxis haben deshalb ausnahmslos alle bolivianischen Regierungen an der Forderung nach einem eigenen Pazifikzugang ebenso kategorisch festgehalten wie ihre chilenischen Pendanten diese noch stets zurückgewiesen haben. Derzeit besteht noch nicht einmal Aussicht bei vergleichsweise kleinen Streitfragen jüngerer Datums (Wassernutzungsrechte des Flusses Silala) zu einer gütlichen Einigung zu gelangen.

Eher schon sind weitere Fortschritte mit dem Nachbarn Peru zu erwarten, unabhängig vom Ausgang der dort anstehenden Stichwahl bei den Präsidentschaftswahlen. Seit Beilegung der historischen Grenzkonflikte im November 1999 sind beide Länder bestrebt, ihre bilaterale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet auszubauen. Vorbild hierfür sind die vertrauensbildenden Maßnahmen und die grenzüberschreitende Kooperation wie sie in den 90er Jahren zwischen Chile und Argentinien eingeführt wurden. Würden am Ende zudem die Mittel für die

Minenräumung bereitgestellt – 250 Millionen US\$ haben die Militärs hierfür veranschlagt, könnte dieses Jahr auch der Minensperrvertrag von Ottawa durch den Senat ratifiziert werden und Chiles Armee endlich mit der Entschärfung der rd. 250.000 Personen- und Panzerminen an den Landesgrenzen beginnen, die dort 1978 im Kontext der seinerzeitigen Spannungen mit Peru und Argentinien vergraben worden waren.

Der Mapuche-Konflikt: Vom Strohfeuer zum Flächenbrand?

Ebenfalls der Entschärfung harrt der seit Jahren schwelende Konflikt mit den *Mapuche*, den indianischen Ureinwohnern im Süden Chiles und der zugleich größten Minderheit (8%) im Land. Deren zunehmende Proteste hatten 1999 bereits die Vorgänger-Regierung Frei einen rd. 500 Millionen US\$ teuren Armutsbekämpfungsplan auflegen lassen. Bis Ende nächsten Jahres sollen damit landwirtschaftliche Förderprogramme und Infrastrukturmaßnahmen im Wohnungs- und Straßenbau, im Gesundheits- und Schulwesen sowie bei der Trinkwasserversorgung der stark rückständigen *Mapuche*-Gemeinden finanziert werden. Allerdings hatten sich schon seinerzeit die beiden militanten *Mapuche*-Gruppierungen *Consejo de Todas las Tierras* und die *Coordinadora Arauco-Malleco* um ihre eigentlichen Forderungen geprellt gesehen. Diese fordern – unter Berufung auf das ungeschriebene Recht ihrer Vorfahren – seit Jahren nicht nur ein sofortiges Ende der Abholzungen auf ihren ehemaligen Siedlungsgebieten, sondern auch die Rückgabe ihrer angestammten Ländereien.

Nur folgerichtig hat sich deshalb unter der Regierung Lagos der Konflikt zwischen radikalen *Mapuche*, Landbesitzern und den beiden Forstkonzernen *Forestal Mininco* und *Bosques Arauco* in der VIII. und IX. Region des Landes nicht nur neu entzündet, sondern weiter verschärft. Während das Gros der *Mapuche* um ihre Stammesführer, den sogenannten *loncos* und *werkenes*, weiterhin allenfalls mit spontanen Straßenblockaden und friedlichen Landbesetzungen auf sich aufmerksam macht, stehen mittlerweile auch gezielte Brandanschläge auf Privatanwesen von Holzunternehmern und mit Motorsägen systematisch durchgeführte Rodungen ganzer Baumbestände der Forstbetriebe auf der Tagesordnung. Angeblich soll dahinter ein zunehmend gewaltbereiter und von Linksextremisten unterwandelter Teil radikaler *Mapuche* stecken, der Sezessionsgedanken hegt und eine politisch unabhängige Araukanie anstrebt, so jedenfalls verlautet es aus Geheimdienstberichten des Innenministeriums (El Mercurio, 1.02.2001). Passend

dazu hat der heereigene *Think Tank* CESIM (*Centro de Estudios e Investigaciones Militares*) bereits vor zwei Jahren ein Problem der "Nationalen Sicherheit" in diesem Konfliktherd ausgemacht und hierfür auch internationale Nichtregierungsorganisationen verantwortlich gemacht (El Mercurio, 5.02.2001).

Augenscheinlich ist in jedem Fall die zunehmende Militarisierung des Konflikts. Davon zeugt – in offensichtlicher Anlehnung an die mexikanische Guerillatruppe der Zapatisten EZLN (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional*) – nicht nur die mittlerweile zum Markenzeichen gewordene Vermummung der Täter, sondern auch die Tatsache, dass sich insbesondere die *Coordinadora Arauco-Malleco* eine militärische Struktur zu geben scheint – mit einem, nun offenbar enttarnten sogenannten *Comandante Héctor* an ihrer Spitze. Im Gegenzug schmieden alarmierte Landwirte, Forstunternehmer und Großgrundbesitzer an Plänen, sich ihrerseits zu Selbstverteidigungsgruppen zu formieren. Vertreter der rechten Oppositionspartei *Renovación Nacional* gingen Ende Januar sogar soweit – Militär und Regierung gleichermaßen –, wegen des "Kriegsklimas", das in der Region herrsche, zur Einberufung des Nationalen Sicherheitsrates aufzufordern.

Tatsächlich hat auch die Regierung Lagos das *Mapuche*-Problem bislang vor allem klein reden und nicht ernsthaft in Angriff nehmen wollen. Abstimmungsschwierigkeiten bei der Handhabung des Konfliktes zwischen der zentralen, 1994 aus dem Boden gestampften Indianerbehörde CONADI (*Corporación Nacional de Desarrollo Indígena*), der eher profillosen Planungsministerin Alejandra Krauss und den Provinzgouverneuren tragen ein übriges dazu bei, um das Bild einer im Kern konzeptionslosen, weitgehend reaktiven Politik zu bestärken. Sich häufende Berichte über finanzielle Einbußen und ausbleibende Investitionen in der ohnehin strukturschwachen Region haben die Regierung aber nun zum Handeln bewegt. Dreierlei ist vorgesehen:

- Mit der Anwendung des rechtsstaatlich bedenklichen sogenannten Staatssicherheitsgesetzes soll versucht werden, verstärkt Härte gegen festgenommene Straftäter zu demonstrieren. Es ist dies jedoch eine umso bedenklichere Maßnahme als sich einige der Angeklagten wegen ihrer Übergriffe auf Kasernen und Kontrollposten der paramilitärischen Bereitschaftspolizei *carabineros* ohnehin bereits vor der Militärgerichtsbarkeit verantworten müssen.
- Wie schon in der Vergangenheit, will die Regierung auch fortan und in verstärktem Maße Land zurückkaufen, das dann den Stammesgemeinschaft-

ten der *Mapuche* zur Verfügung gestellt wird. Die Regierung Lagos will auf diese Weise bis zum Ende ihrer Amtszeit 150.000 Hektar Land übergeben haben.

- Schließlich hat die Regierung erkannt, dass der Konflikt mit den *Mapuche* sehr viel tiefer gründet, als dass er mit Strafgesetzen und Geld allein gelöst werden könnte. Das in der Vergangenheit geschehene Unrecht an dieser wie auch gegenüber anderen einheimischen Volksgruppen soll deshalb – um der historischen Wahrheit willen – von einer Kommission unter dem Vorsitz von Ex-Präsident Patricio Aylwin aufgearbeitet werden. Darüber hinaus soll die sogenannte *Comisión de Verdad Histórica y Nuevo Trato* Vorschläge für den zukünftigen Umgang mit den Minderheiten im Lande ausarbeiten (El Mercurio, 19.01.2001). Autonomielösungen freilich, gleich welcher Art, wurden schon jetzt kategorisch ausgeschlossen. Denn das, so befürchtet die Regierung insgeheim, könnte eine gefährliche Signalwirkung auf all jene ausüben, die Selbstbestimmungsrechte auch für die Bewohner der größten Inselgruppen des Landes (Osterinseln, Insel Chiloé) einfordern.

7. Ein Ausblick

Ungleich realistischer als die wirklichkeitsfremde Vorstellung, der traditionell zentralistisch regierte Einheitsstaat Chile könnte am Ende von Gebietsverlusten heimgesucht werden, ist die *politische* Sezessionsgefahr, die dem – seit 1990 ununterbrochen regierenden – Mitte-Links-Bündnis aus Christdemokraten, Sozialisten und Sozialdemokraten droht. Dazu tragen bei:

- Die permanente Führungskrise des PDC (*Partido Demócrata Cristiano*), der obschon nach wie vor stärkste Partei, bei den Kommunalwahlen letzten Oktober erstmals weniger Stimmenprozente erzielte (21,6%) als die Regierungslinke, also PS (*Partido Socialista*) und PPD (*Partido por la Democracia*) zusammen (22,7%). Jahrelange Klüngelwirtschaft – ein zuletzt aufgeflogener Skandal um millionenschwere Abfindungen von Regierungsmitgliedern und Bediensteten von Staatsbetrieben hatte vor allem PDC-Mitglieder heimgesucht – und parteiinterne Flügelkämpfe zeugen von einer unverhohlenen Bedienungsmentalität und einem ausgeprägten Machtinstinkt gerade in den – traditionell staatstragenden – Reihen der Christdemokraten. Sollte der PDC bei den zum Jahresende anstehenden Parlamentswahlen ernsthaft einbrechen, dann könnte im schlimmsten Fall auch das Regierungsbündnis der *Concertación* Schiffbruch erleiden.

• Die seit Monaten koalitionsinternen Streitigkeiten bei der Reform der Steuer- und Arbeitsgesetzgebung. Hinter dem Streit, der allen voran zwischen den arbeiterorientierten Sozialisten und dem unternehmerfreundlichen Lager der Christdemokraten ausgefochten wird, verbergen sich zwei unterschiedliche, miteinander kaum vereinbare Strategien: Einerseits will man eine soziale Marktwirtschaft auch und gerade in Zeiten stagnierender Arbeitslosenzahlen aufbauen helfen, weshalb an progressiven Steuersätzen und dem Staat als Wirtschaftsakteur grundsätzlich festgehalten werden

soll. Andererseits sollen die Mechanismen der freien Marktwirtschaft durch weitere Deregulierungen und Privatisierungen von Staatsbetrieben weiter ausgebaut werden, auf dass die durch das Wirtschaftswachstum erzeugten Wohlstandseffekte über kurz oder lang auch zu den Ärmsten der Armen durchsickern. Eine wirklich gerechtere Einkommensverteilung können und wollen beide Strategien ohnehin nicht herbeiführen, da hierzu einschneidende Strukturreformen im stark defizitären Bildungs- und Gesundheitswesen notwendig wären.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen 1992, 1996 und 2000 im Vergleich

Liste	1992	1996	2000
Concertación	53,3	56,1	52,1
PDC + Unabhängige	28,9	26,4	21,6
PPD	9,2	11,8	11,4
PS	8,5	11,4	11,3
PRSD (1)	5,3	6,5	5,4
Unabhängige	0,5	-	2,4
Alianza por Chile (2)	29,7	32,5	40,1
RN + Unabhängige	13,4	18,5	15,6
UDI + Unabhängige	10,2	13,0	15,9
Unabhängige	6,1	1,0	8,6
La Izquierda (3)			
PC + Unabhängige	6,5	5,9	4,2
Centro Centro (4)			
UCCP + Unabhängige	8,1	2,8	1,2
Humanistas y Ecologistas (5)			
PH + Unabhängige	---	1,6	0,9
Andere (6)	2,4	1,1	1,5

Quelle: www.elecciones.gov.cl

(1) 1992 getrennt angetreten als *Partido Radical* und *Partido Socialdemocracia*; (2) 1996 angetreten als *Unión por Chile*, 1992 als *Participación y Progreso*; (3) 1992 angetreten als *Partido Comunista*; (4) 1996 angetreten als *Progresistas por el Centro Centro*, 1992 als *Unión de Centro Centro*; (5) 1996 angetreten als *Opción Humanista*; (6) Unabhängige sowie *Pacto El Sur Independiente* (1996) und *Partido Liberal* (1992).

• Das parteiübergreifende Gezänk um die politisch opportuniste Kandidatenaufstellung bei den Parlamentswahlen am kommenden 11. Dezember, noch zumal mit der neuerlich erstarkten Opposition im Nacken. Zur Wahl steht die Gesamtheit der 120 Abgeordnetenmandate sowie 18 der 38 (wählbaren) Senatorensitze. Derzeit lässt die ausgeprägte

Krisenstimmung unter breiten Teilen der Bevölkerung wenig Hoffnung, dass die *Concertación* erneut – wie noch am 29. Oktober 2000 – mit einem blauen Auge davonkommen könnte. Zwar waren bei den Kommunalwahlen die befürchteten schweren Verluste für das regierende Parteienbündnis ausgeblieben und die Stimmenmehrheit wurde mit

52% (1996: 56%) knapp behauptet. Gleichwohl verlor die *Concertación* 134 der insgesamt 341 Bürgermeisterposten an die rechten Oppositionsparteien RN und UDI, die ihren Stimmenanteil von 32% auf 40% ausbauen konnten. Deren Führungsfigur, der vormalige Präsidentschaftskandidat Joaquín Lavín (UDI), konnte sich überdies als Bürgermeisterkandidat für Santiago-Stadt klar gegenüber seiner Gegenkandidatin, der Gattin des Ex-Präsidenten Eduardo Frei (PDC), durchsetzen. Erstmals steht nun in der chilenischen Geschichte dem Zentrumsbezirk der 6-Millionen-Metropole, wo sich auch der Regierungspalast befindet, ein Bürgermeister vor, der nicht die politische Couleur des Staatspräsidenten (PPD) trägt.

Vor- und Querdenker der Regierungskoalition wie der sozialistische Senator Carlos Ominami sprechen sich angesichts des stetigen Aufwindes der rechten Oppositionsparteien mittlerweile für eine "Neugründung" der *Concertación* aus und meinen damit eine Öffnung des Mitte-Links-Bündnisses hin zur außerparlamentarischen Linken (El Mercurio, 22.02.2001). Mit Rücksicht auf die Christdemokraten spielt Ominami in offiziellen Verlautbarungen nur auf die – zahlenmäßig vernachlässigbaren – Humanisten und Ökologen an; in Wirklichkeit zielt er auf die Klientel der Kommunisten, ohne deren Stimmen bereits Lagos schwerlich das Präsidentschaftsrennen gewonnen hätte (vgl. Brennpunkt Lateinamerika Nr. 3-2000). In die andere Richtung haben zuletzt Jorge Schaulsohn (PPD) und Andrés Allamand (RN) gedacht. Beide gehörten als ehemalige Parteivorsitzende den jeweils liberalen Flügeln ihrer Parteien an, beide haben vor Jahren politische Bauchlandungen erlitten und sich deshalb einstweilen aus dem politischen Tagesgeschäft zurückgezogen. Nun haben sie begonnen, wenigstens gedanklich schon einmal in einem gemeinsam verfassten Strategiepapier an einer "neuen Mitte" zu stricken.

Staatspräsident Lagos müssen derlei Gedankenspiele vorerst noch nicht beunruhigen. Umfrageinstitute – gleich welcher Couleur – attestieren ihm nach wie vor hohe Zustimmungswerte. Mehr als 50% erklärten sich zuletzt mit seiner Amtsführung und Regierungspolitik grundsätzlich einverstanden (CEP- und CERC-Umfrageergebnisse, in: El Mercurio, 4.01.2001). Selbst politische Gegner bescheinigen dem 64-Jährigen starke Führungsqualitäten und kluge Schachzüge. So wurde Senatspräsident Andrés Zaldívar (PDC) im vergangenen März mit der Aufgabe betraut, das verminten Terrain der Verfassungsreformen mit der rechten Opposition abzustechen, auf dass man zu einem "größtmöglichen Konsens" gelange. Sollte dieser nicht erreicht werden, liegt der „Schwarze Peter“

allemaal beim verhandlungsführenden Intimfeind Zaldívar. Überdies ist, solange hierüber hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, das strittige Thema vorläufig dem Rampenlicht der Öffentlichkeit entzogen.

Geschickt den Wind aus den Segeln genommen hat Lagos zuletzt auch den Kommunisten. Kurzerhand kündigte er für den daniederliegenden öffentlichen Gesundheitssektor vorab Gehaltserhöhungen an. Damit wurde den geplanten Massenmobilisierungen der außerparlamentarischen Linken fürs erste der Boden entzogen. Lagos dürfte dabei vor allem an das aufgeheizte soziale Klima im zurückliegenden Kommunalwahlkampf gedacht haben, als die anhaltenden Proteste von Lehrern, Hafenarbeitern und Lastwagenfahrern seiner Regierung schwer zugesetzt hatten.

Nachgerade einen Coup landete Lagos schließlich mit der Ernennung von Jaime Ravinet (PDC) zum neuen Minister für Bauwesen und Städteplanung im vergangenen Dezember. Ravinet, selbst ein politisches Schwergewicht und jahrelanger Bürgermeister von Santiago-Stadt, ist nun der erste Ansprechpartner für Lavín. Dessen Aktivismus und Volksnähe wiederum scheint ansteckend allen voran auf den Präsidenten selbst zu wirken. Tatsächlich hat Ricardo Lagos seit seinem Amtsantritt eine Betriebsamkeit an den Tag gelegt, die ihresgleichen sucht. Sich selbst schickt er oft mehrmals täglich unters Volk, nach der Sommerpause im März mussten es ihm Hundertschaften von Funktionären gleichtun, offenbar im Bemühen darum, das Bild einer "volksnahen Regierung" zu vermitteln. Darüber hinaus sollen sogenannte offene Besuchertage, die "alle Chilenen" zur Besichtigung des Regierungspalastes einladen, die angebliche "Transparenz" seiner Politik suggerieren. Auch virtuell zeigt sich seine Regierung wie keine andere vor ihm präsent. Regelmäßig kann man beispielsweise mit seinen Ministern im Internet "chatten". Worte von der Telekratie und der Videopolitik machen die Runde. Nachgesagt wird dem Präsidenten, er besitze in den neuen Informationstechnologien sein ganz persönliches Steckenpferd. Nicht zu unrecht spöttelt deshalb die Opposition, Lagos habe bislang vor allem bei der "Lavinisierung" seiner Politik sichtbare Erfolge vorzuweisen.

Quellen:

Chilenische Tagespresse im Internet

El Mercurio (<http://www.elmercurio.cl>)
El Mostrador (<http://www.elmostrador.cl>)
La Tercera (<http://www.latercera.cl>)

Wahl-, Wirtschafts - und Sozialdaten

Banco Central (<http://www.bcentral.cl>)
Instituto Nacional de Estadísticas (<http://www.ine.cl>)
Gobierno de Chile (<http://www.elecciones.gov.cl>)

Frühere Brennpunkte zu Chile

Nr. 3-2000: Die Wahl des Sozialisten Lagos zum Präsidenten in Chile: Hintergründe und Perspektiven (Michael Radseck)

Autorennotiz: Michael Radseck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg (<http://www.uni-freiburg.de/abifr>); Länderschwerpunkte: Argentinien und Chile; Themenschwerpunkte: Zivil-militärische Beziehungen, Rüstungs-entwicklung und Sicherheitspolitik. E-mail: radseck@uni-freiburg.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>

Neuerscheinung

„Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation“

Nr. 44:

Zentralamerika am Beginn des neuen Jahrtausends – vermeintlicher oder realer Wandel?

Aus dem Inhalt:

Luis Guillermo Solís: Der politische Wandel und die zentralamerikanische Integration: Chance oder Raub der Illusionen?

Sabine Kurtenbach: Der Wandel der zentralamerikanischen Staaten – zwischen Partikularinteressen und Allgemeinwohlverpflichtung

Mechthild Minkner-Bünjer: Zentralamerikas wirtschaftliche Entwicklung: Bilanz und Herausforderung angesichts der Globalisierung

Peter Fischer-Bollin: Vom Bürgerkrieg zur Demokratie: Die schwierige Demokratisierung in Zentralamerika

Frank Garbers und Meike Heckt: Die soziale Konstruktion der Maya: *Comunidad*, Ethnizität und neue politische Akteure im Guatemala des 20. Jahrhunderts

Rezensionen, Übersichten, Auswahlbibliographie, Dokumente

Hamburg 2001, 156 Seiten, DM 26,00
Bestellungen an: Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg

Schriftenreihe Band 52

Peter Thiery

Transformation in Chile. Institutioneller Wandel, Entwicklung und Demokratie 1973-1996

Frankfurt/M.: Vervuert 2000, 349 S., ISBN 3-89354-252-3, DM 56,00

Nach dem gescheiterten „sozialistischen Experiment“ Allendes wurde Chile unter der Pinochet-Diktatur zum Vorreiter eines neoliberalen Transformationsweges, den nachfolgend auch weitere Länder Lateinamerikas wie der restlichen „Dritten Welt“ beschritten. Während Wirtschafts- und Sozialordnung einem neoliberalen Imperativ unterworfen wurden, konnte Pinochet die politische Ordnung zunächst als strikt autoritäres Regime ausgestalten, das erst 1990 mit dem Abschluss der demokratischen Transition beendet wurde. Obwohl die demokratische Ordnung noch immer „Defekte“ aufweist, scheint Chile auf den ersten Blick der gelungene Fall einer „Entwicklung durch institutionelles Design“ zu sein, zumal die neuen Institutionensysteme eine vergleichsweise hohe Stabilität aufweisen.

Unter diesem Leitaspekt wird die institutionelle Dimension der ökonomischen, sozialen und politischen Transformationsprozesse in Chile nach 1973 analysiert. Wirtschafts-, Sozial- und politische Ordnung als entwicklungsrelevante Bausteine der institutionellen Grundstruktur werden dabei unter drei zentralen Fragestellungen beleuchtet: Welche Faktoren spielten für Bildung bzw. Wandel der Institutionengefüge die wesentliche Rolle? Welche Auswirkungen hatten die neuen institutionellen Arrangements auf Chiles Entwicklungsleistung? Inwieweit brachte der politische Regimewechsel 1990 einen Wandel von Institutionenpolitik und institutionellen Arrangements mit sich?

Angelehnt an Konzepte der ökonomischen Institutionentheorie werden Institutionen als die grundlegenden Spielregeln in gesellschaftlichen Funktionssystemen verstanden. Sie gelten dabei als die zentralen Elemente, mit denen Gesellschaften „Entwicklung“ organisieren bzw. steuern. Besonderes Augenmerk ist deshalb auch auf den Staat als zentralen Steuerungsakteur gerichtet. Teilanalysen umfassen u.a. internationale Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsbeziehungen; universelle und fokussierte Sozialpolitiken; sowie Rechtsstaatlichkeit, Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen, das Verhältnis Zivile/Militärs, Parteiensystem und Zivilgesellschaft.

Institut für Iberoamerika-Kunde

Alstergalci 8, 20354 Hamburg

Tel. 040 / 41 47 82 01 – Fax 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iikh@uni-hamburg.de – <http://www.rz.uni-hamburg.de/IK>